



**ÖkoSoziale Initiative**

Parteiunabhängiger  
Gemeindevertreterverband

Christan Oberlechner  
Gemeinderat ÖSI-Waldenstein  
Bezirk Gmünd  
christian\_oberlechner@hotmail.com  
Tel: +43 664 514 82 02

An Herrn  
Landesrat Anton Kasser  
Landhausplatz 1, Haus 1  
3109 St. Pölten

Gmünd, 9.12.2025

**Betrifft: Anfrage laut IFG gemäß § 7ff**

## **Sehr geehrter Herr Landesrat Anton Kasser!**

Im Jänner 2024 wurde von allen für die Gesundheit zuständigen Regierungsmitgliedern ein parteiübergreifender Prozess - der „Gesundheitspakt 2040+“ - gestartet. Gemeinsam mit über 50 Expertinnen und Experten aus Medizin, Pflege, Wissenschaft, Sozialpartner und vielen weiteren wurden Maßnahmen für die künftige Gesundheitsversorgung in Niederösterreich erarbeitet.

Die Ergebnisse wurden im März 2025 präsentiert. Die Ergebnisse haben niederösterreichweit sowohl positive als auch negative Resonanz hervorgerufen. Als Gemeinderat in Waldenstein (ÖkoSoziale Initiative – ÖSI)) und auch als Bürger des Bezirkes Gmünd bin ich unmittelbar von der geplanten Schließung des Landesklinikums Gmünd negativ betroffen. In meiner Funktion als Gemeinderat in Waldenstein und als Obmann des Gemeindevertreterverbandes „ÖkoSoziale Initiative“ (ÖSI) und als Bürger des Bezirks Gmünd

### **beantrage ich gemäß § 7ff IFG die Erteilung folgender Information:**

1. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen die Kosten hervorgehen, die insgesamt bisher für die Planung und Erstellung des „Gesundheitspaktes 2040+“ bzw. in der Folge des jetzt so benannten „Gesundheitsplans 2040+“ dem Land Niederösterreich entstanden sind. Das Auskunftsbegehrten bezieht sich auf Sachkosten, Dienstleistungen, Aufwandsentschädigungen und Personalkosten (sowohl Landesbedienstete als auch extern Beauftragte).
2. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht, welche Qualifikationen, Wissensfelder und Voraussetzungen die vom Land NÖ bzw. von der Landesgesundheitsagentur medial genannten 50 Expert:innen hatten bzw. haben, um als Expert:innen für diese Aufgabe qualifiziert bzw. ausgewählt worden zu sein.

3. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht wie viele von den am „Gesundheitspaktes 2040+“ bzw. in der Folge des jetzt so benannten „Gesundheitsplans 2040+“ beteiligten Expert:innen ein Dienstverhältnis beim Land NÖ haben/hatten und wie viele Expert:innen aus Bereichen/Firmen/Vereinen/Gesellschaften kommen, die mit dem Land geschäftlich verbunden sind oder mehrheitlich aus Mitteln des Landes NÖ finanziert werden.
4. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht, wie viele von den Expert:innen, die an der Planung des „Gesundheitspaktes 2040+“ bzw. in der Folge des jetzt so benannten „Gesundheitsplans 2040+“ beteiligt waren, aus dem Bezirk Gmünd kommen (hier arbeiten und/oder hier wohnen).
5. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht welche Kosten für die Erstellung des sogenannten „Gesundheitsplans 2040+“ bzw. des „Gesundheitspaktes 2040+“ insgesamt budgetiert wurden bzw. in Zukunft sind und wieviel bisher davon ausgegeben bzw. an wen verrechnet worden ist.
6. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht welche Kosten die geplante Schließung des LK Gmünd verursachen würde, wenn man alle Vorgänge wie Umsiedlung der Abteilungen, Neu- und Zubauten im Ersatz für die abgesiedelten Abteilungen in anderen Krankenhäusern, personelle Umstrukturierungen, logistischer Aufwand und Ab- Rück- oder Umbau des bei einer geplanten Schließung nicht mehr benötigten Krankenhausgebäudes in der Planung und Durchführung berücksichtigt bzw. budgetiert.
7. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht, wie der genaue Zeitplan ist, in dem die im LK Gmünd durch eine geplante Schließung verursachten, wegfallenden medizinischen Kapazitäten und Abteilungen durch andere Krankenhäuser Zug um Zug übernommen werden, um eine Verschlechterung oder den möglicherweise jahrelangen Wegfall, der im LK Gmünd abgedeckten medizinischen Leistungen, zu vermeiden.
8. Ich bitte um Übermittlung aller Unterlagen und Informationen im Sinne des IFG aus denen hervorgeht, dass es ein von der Niederösterreichischen Landesregierung in Auftrag gegebenes schriftliches Rechtsgutachten gibt, in dem festgestellt wird, dass der Übergabevertrag mit der Stadt Gmünd (Vertragsinhalt Übergabe LK Gmünd von der Stadtgemeinde an das Land NÖ) eine Schließung des Krankenhauses erlaubt bzw. dass die Schließung des LK Gmünd ohne Neubau eines neuen allgemein öffentlichen Krankenhauses nach dem KAG vor dem Hintergrund des Übergabevertrages zwischen dem Land NÖ und der Stadtgemeinde Gmünd von 2004 und der darin vertraglich zugesicherten Standortgarantie für ein allgemein öffentliches Krankenhaus im Sinne des KAG, rechtmäßig ist.
9. Ausgehend von der Annahme, dass es ein solches schriftliches Rechtsgutachten geben muss, und dieses eindeutig ist in Bezug auf die Planung, das Landesklinikum Gmünd aus rechtlicher Sicht

trotz der vertraglich zugesicherten Standortgarantie schließen zu dürfen, bitte ich um Übermittlung und Einsicht in dieses Rechtsgutachten. Die Angelegenheit ist jedenfalls von öffentlichen Interesse.

Ich bitte um Bestätigung des Erhaltes dieser Anfrage. Für den Fall einer Informationsverweigerung beantrage ich hiermit einen Bescheid gemäß § 11 IFG.

Hochachtungsvoll

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'C' followed by a series of loops and a long horizontal stroke extending to the right.

---

Christian Oberlechner  
GR ÖSI-Waldenstein/Bezirk Gmünd